

# Stadtregionalbahn: Albig will kämpfen

## Nachbarkreise sollen „ablehnende Haltung“ aufgeben

**Kiel.** Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) bekennt sich für die Landesregierung nachdrücklich zu einer Stadtregionalbahn im Raum Kiel. Zugleich appellierte Albig im Interview mit unserer Zeitung an die Nachbarkreise, ihre „ablehnende Haltung“ zu dem Projekt aufzugeben.

Von Uta Wilke

Auf die Frage, ob sich Rot-Grün-Blau schon von dem Projekt verabschiedet habe, sagte der Regierungschef: „Im Gegenteil.“ Für die Landesregierung sei Infrastruktur mehr als Straße. Eine Stadtregionalbahn wäre ein „Motor für Wirtschaftswachstum in einer Region, die das dringend braucht“. Es bedürfe allerdings der Zustimmung der Nachbarkreise Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie aus Neumünster. „Ich glaube, sie würden es in 15 oder 20 Jahren bitter bereuen, wenn sie bei ihrer ablehnenden Haltung blieben.“ Der Individualverkehr mit dem Auto werde immer kostspieliger, weil die Benzinpreise stiegen.

Die Stadtregionalbahn steht aber auch in Konkurrenz zu den Ausbauplänen für die großen Schienenprojekte im Hamburger Umland: S-Bahnstrecke S 4 über Ahrensburg nach Bad Oldesloe und AKN-Strecke S 21 bis Kaltenkirchen. In der Metropolregion sei das Bewusstsein für den notwendigen Ausbau des Schienennahverkehrs ausgeprägter als im Raum Kiel, meinte der Ministerpräsident. „Wir können nur werben.“ Er warnte: „Ich gebe zu bedenken, dass die Mittel endlich sind und die Haushaltswelt nicht besser wird.“ SPD, Grüne und SSW hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, die Zuschüsse des Landes für eine Stadtregionalbahn von 15 auf 25 Prozent anzuheben.

Im Interview mit unserer Zeitung versprach Albig auch, dass die geplante Reform des Kommunalen Finanzausgleichs den Zentren im Land zugute kommen werde. „Wir müssen dort viel tun.“ Die Städte hielten ihrem Umland „soziale Lasten von der Tasche“. Soziale Brennpunkte entstünden vor allem in den großen Städten wie Kiel und Lübeck oder dem Hamburger Umland. Könnten sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen, lösten die Probleme sich nicht in Luft auf: „Sie gehen irgendwann auch in die ländlichen Räume hinein.“

Nach der – unfreiwilligen – Vergabe von zwölf Online-Casino-Lizenzen durch die Landesregierung warnte der Ministerpräsident die Glücksspielunternehmen: „Wer jetzt glaubt, Glücksspiele jenseits der Grenzen unseres Landes anbieten zu können, der verliert sofort seine Lizenz.“

**Seite 13, Kommentar Seite 4**